

Kolpingwerk fordert Schutz verfolgter Christinnen und Christen

Anlässlich der Kölner Gespräche 2022 erinnert das Kolpingwerk Deutschland an das Schicksal von Millionen Christinnen und Christen, die wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt werden

Das Kolpingwerk Deutschland steht den weltweit verfolgten Christinnen und Christen bei und fordert von den politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen in Deutschland und weltweit umgehend gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der wachsenden Anzahl an Menschen, die aufgrund ihres christlichen Glaubens um ihr Leben und um ihre Existenz fürchten müssen.

Keineswegs darf die unerträgliche Situation der Christinnen und Christen in vielen Ländern der Erde angesichts der zahlreichen politischen Krisenherde unserer Zeit aus dem Blickfeld geraten oder gar zu einer Nebensächlichkeit deklariert werden. Der neue Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit Frank Schwabe muss nach Ansicht des Bundesvorstands die besten Rahmenbedingungen für sein Handeln erhalten, damit die Bundesregierung aktiv und stetig auf die Einhaltung dieses unveräußerlichen Menschenrechtes hinwirken kann.

„Es ist dem Engagement einzelner Akteure sowie einiger bekannter Initiativen und Organisationen zu verdanken, dass das Schicksal der verfolgten Christinnen und Christen weiterhin ins Gedächtnis gerufen wird. Dieser Intention schließen wir uns an“, betont Ursula Groden-Kranich, Bundesvorsitzende des katholischen Sozialverbands, der mit seinen bundesweit rund 215.000 Mitgliedern in Deutschland einer der 60 Nationalverbände von KOLPING INTERNATIONAL ist. Die Wahrnehmung weltweiter politischer Entwicklungen gehört für das Kolpingwerk ebenso zum verbandlichen Selbstverständnis wie eine enge Vernetzung mit Christinnen und Christen in aller Welt.

Die religiös, nationalistisch und politisch motivierte Gewalt gegen Christinnen und Christen in vielen Ländern betrachtet das Kolpingwerk mit großer Sorge – wird dadurch doch die Religionsfreiheit eingeschränkt, die von vielen dieser Länder anerkannt worden ist. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verbürgt die Freiheit, den Glauben frei und öffentlich zu leben und auch

die Religion zu wechseln. Dennoch werden dem Weltverfolgungsindex 2022 zufolge mehr als 360 Millionen Christinnen und Christen weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt oder Opfer von Diskriminierung, mit steigender Tendenz. Im vergangenen Jahr hat etwa die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan die dortige Situation in sichtbarem Ausmaß erschwert.

Angesichts der gewachsenen Strukturen und der starken Institutionen in Mitteleuropa gerät zuweilen in Vergessenheit, wie viele Menschen christlichen Glaubens Opfer von Verfolgung sind. Christliche Minderheiten müssen etwa in Teilen Asiens oder in Subsahara-Afrika unter schwersten Repressionen leiden. Die Gewaltexzesse der vergangenen Jahre lassen die Verantwortlichen im Kolpingwerk mit Blick auf die dramatische Lage der Glaubensgeschwister nicht kalt. Das Leid verfolgter Christinnen und Christen fordert unbedingtes Handeln der politisch Verantwortlichen in Deutschland, Europa und weltweit.

Mit der Forderung nach Schutz für verfolgte Christinnen und Christen verbindet sich die Forderung nach allgemeinen Maßnahmen zum Schutz der Religionsfreiheit, die immer auch die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften einschließen muss.

Verfolgung aufgrund der eigenen Religionszugehörigkeit beschäftigt auch das Kolping-Netzwerk für Geflüchtete immer wieder. Dieses wurde 2016 ins Leben gerufen, um geflüchtete Menschen in Deutschland in den vier Säulen Wohnen, Begleiten, Bilden und Zusammenleben zu unterstützen. Mit dem Projekt der Kolping-Roadshow und den dazugehörigen Workshops und Seminaren macht es auf die Bedürfnisse geflüchteter Menschen und Drittstaatsangehöriger aufmerksam und wirbt für gesellschaftliche Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen. Im Zuge dieser Beschäftigung kommt das Netzwerk auch immer wieder mit Menschen ins Gespräch, die aufgrund ihrer christlichen Religionszugehörigkeit ihre Heimat unter schlimmsten Repressalien hinter sich lassen mussten.

Auch im Hinblick auf dieses Engagement im Netzwerk für Geflüchtete fordert der Bundesvorstand des Kolpingwerks Deutschland unbedingte Unterstützung dort, wo staatliche Macht zu schwach geworden ist, um religiöse Minderheiten ausreichend zu schützen. Wenn aber staatliche Macht selbst die Religionsfreiheit gefährdet oder verhindert, muss eine dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete Außenpolitik dringend an die Regierungen appellieren, dabei auf die Erklärung der Menschenrechte verweisen und politische Maßnahmen zum Schutz verfolgter Christinnen und Christen ergreifen.

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland

Köln, 8. März 2022